

BESCHLUSS

Lust auf Innenstadt – Ideen für lebenswerte Innenstädte

1. Einleitung

Die Innenstadt ist das Herz jeder Gemeinde. Sie soll Treffpunkt sein, die Gemeinde repräsentieren, sie soll lebendig sein und zentraler Identifikationspunkt für eine aktive Bürgergesellschaft sein. Sie soll Zentrum eines florierenden Einzelhandels sein, sie soll Kultur und Gastronomie inspirieren, sie soll Flaniermeile sein und jungen Menschen, Familien, Touristen und Senioren Möglichkeiten des Zusammenfindens und der Entfaltung bieten. Sie soll eigene Traditionen ausleben und offen sein für Neues, sie soll Mobilität ermöglichen, gut erreichbar sein, Platz zur Entspannung bieten. Um diese vielen Ansprüche zu erfüllen, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dabei müssen häufig Interessenskonflikte Berücksichtigung finden. Die Vermeidung von Verkehrslärm kann dem Mobilitätsbedürfnis entgegenstehen, ein ausgeprägtes Nachtleben kann das Ruhebedürfnis von Anwohnern stören. Wo viele Menschen sind, da kann auch die Sauberkeit in Mitleidenschaft gezogen werden, kann Kriminalität Thema sein. Steigende Mieten und Wohnungsknappheit sind nicht nur in Ballungsgebieten ein Problem. Neben der Entlastung des Wohnungsmarktes durch bauliche Maßnahmen und durch Senkung von Baukosten und Verdichtungsmaßnahmen kann auch die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs, die Parkplatzsituation und die gute Anbindung an das Umland entlastend auf die Innenstadt wirken und ihre Attraktivität erhöhen. Unsere Innenstädte müssen sauber, sicher, weltoffen, interessant, ansprechend, lebendig, lebenswert, und erreichbar sein. Sie müssen für die Bürger eine hohe Aufenthaltsqualität bieten. Wir wollen mit unseren Konzepten dazu beitragen, dass man nicht in die Stadt „muss“, sondern es gar nicht erwarten kann, dort Zeit zu verbringen, zu entspannen, sich zu treffen, Freunden die eigene Stadt zu zeigen.

2. Wohnen in der Stadt - sparst du noch, oder wohnst du schon?

Wohnen darf kein Luxus sein. Wohnungsmangel und die damit einhergehenden steigenden Wohnkosten sind längst nicht mehr ein Thema, das besonders Einkommensschwache umtreibt. Wohnungsnot und unbezahlbare Mieten sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

- Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, innerörtliche Bauflächen in Bundes- und Landesbesitz zur Bebauung zur Verfügung zu stellen.
- Große Zeit- und Kostensparpotenziale kann das modulare Bauen bieten. Die Immobilien bestehen dabei aus vorgefertigten Bestandteilen, die nach einer Art Baukastenprinzip zusammengesetzt werden können. Die Politik muss mittels standardisierter Baugenehmigungen die Weichen dafür stellen, dass neben der klassischen Einzelfertigung im Bereich des seriellen Bauens prototypisches Bauen mit industrieller Fertigung ermöglicht wird.
- Zur Erleichterung des Wohnungsbaus, insbesondere für Gruppen von Wohnungssuchenden (z.B. Studenten, Auszubildende oder überregional/international Angeworbene wie Pflegekräfte oder andere Fachkräfte) fordern wir schnelle und unbürokratische Verfahren. Hierbei setzen wir uns für die Veränderung von Vorschriften wie z.B. §13b BauGB (Außenarrondierung) ein.

- Durch Leichtbauweise können häufig günstig ein bis zwei Stockwerke auf bestehende Gebäude aufgestockt werden. Dies wird derzeit häufig durch bürokratische Hürden verhindert, die wir abbauen wollen. Auch Aufstockungen auf Supermärkten und die Überbauung von Parkplätzen dürfen nicht an bürokratischen Hürden scheitern. Dementsprechend müssen Bauverordnungen und folglich ebenso Bebauungspläne auch nachträglich noch abgeändert werden können. Umwidmungen bestehender Dachgeschosse zur Schaffung von Wohnraum müssen weitestgehend verfahrensfrei vorgenommen werden können.
- Neben der Entwicklung der Städte ist es für uns auch essentiell, das Leben auf dem Land attraktiver zu gestalten. Wir fordern daher eine Neufassung des Landesentwicklungsplans, die eine Belebung und Verdichtung von Ortskernen, einen Infrastrukturausbau (insbesondere in der Digitalinfrastruktur) und eine bessere Anbindung des Ländlichen Raums mit dem ÖPNV jetzt dringend forciert.
- Neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und Seniorenwohngemeinschaften gewinnen zusehends an Akzeptanz im Wohnungsmarkt und stellen einen wertvollen Beitrag zur Vielfalt in Stadtvierteln dar. Wir wollen den Kommunen bei der Einrichtung dieser Wohnformen unter die Arme greifen und die förderungswürdigen Ausgaben innerhalb des Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus auch auf investive Ausgaben erweitern.
- Eine Novelle der Landesbauordnung, die bevormundende Auflagen reduziert und sich strikt an den Mindestanforderungen der Musterbauordnung des Bundes orientiert ist überfällig und muss umgehend initiiert werden.
- Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen-Verordnung sind als fehlgeleitete Markteingriffe ersatzlos zu streichen. Insbesondere energetische Sanierungen stellen häufig auch für den Mieter einen Mehrwert dar und rechtfertigen daher maßvolle Mietzinserhöhungen. Im Sinne der Markttransparenz ist die flächendeckende Aufstellung von Mietspiegeln ein wichtiges Mittel, um Mietern einen besseren Überblick über die Marktrealitäten zu geben.
- Als ein Element der Sharing Economy soll die private Untervermietung von Wohnraum auch weiterhin einfach möglich sein, Einschränkungen wie beispielsweise Zweckentfremdungsverbote lehnen wir ab.
- Attraktive Stadt- und Gemeindezentren werden auch wesentlich von ihrer historischen Bausubstanz geprägt. Wir unterstützen daher das Engagement, diese zu erhalten. Ebenso ist es uns ein großes Anliegen, Denkmalschutz und zeitgemäße bauliche Anforderungen, wie z.B. Barrierefreiheit sinnvoll in Einklang zu bringen.

3. Stärkung des Einzelhandels

Eine lebendige Innenstadt benötigt auch einen starken Einzelhandel. Der Strukturwandel ist da, und wir wollen ihn mit dem Einzelhandel gestalten. Dabei setzen wir nicht auf Verbote oder Einschränkung des Wettbewerbs, sondern auf Innovationen und Ideen. Dieselfahrverbote schwächen den Einzelhandel. Mehr Menschen bleiben zu Hause. Immer mehr Läden schließen, die Nahversorgung besonders in kleineren Städten und Gemeinden ist in Gefahr, es gibt zunehmend Leerstände, oft bleiben nur noch die großen Ketten am Standort. Hohe Mieten für Ladenflächen in gut frequentierten Lagen tragen ihr Übriges dazu bei. Kleinere inhabergeführte Läden und Traditionsgeschäfte verschwinden. Dafür wird das Umfeld von Innenstädten weniger attraktiv, es gibt weniger Kunden, Geschäfte weichen auf Seitenstraßen aus. Der Online-Handel blüht, 2/3 der Deutschen bestellen

regelmäßig Kleidung im Netz, fast 1/3 der Deutschen kaufen Unterhaltungsartikel (v. a. Bücher) online. Es gibt zu wenig Parkplätze, und die, die es gibt, sind oft zu eng oder zu unübersichtlich.

- Wir wollen mehr verkaufsoffene Sonntage ermöglichen.
- Wir wollen eine schrittweise Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten erreichen. Letztlich muss es dem Einzelhandel überlassen bleiben, wie lange und an welchen Tagen er geöffnet haben will.
- Wir wollen durch eine optimale Erreichbarkeit - Parkplätze, ausgebauter ÖPNV, kurze Wege, Fahrradwege und günstige Tickets – die Attraktivität des Einkaufens in der Innenstadt deutlich erhöhen. Fahrverbote lehnen wir ab.
- Wir wollen die Stärkung der Kooperation zwischen Städten und dem Einzelhandel.
- Kommunen sollen sich aktiv an der Zusammenlegung von Flächen in den Innenstädten beteiligen, um dort die für einen wirtschaftlichen Betrieb notwendigen Flächengrößen anbieten zu können.
- Politisch muss alles dafür getan werden, um Leerstand zu vermeiden und Nutzungskonzepte zu entwickeln.
- In kleineren Städten gelten Feste, Festivals und andere kulturelle Events als Menschen-Magneten, die dann auch dem Einzelhandel zu Gute kommen. Hier wollen wir es leichter machen, Events zu organisieren und zu genehmigen.
- Wir streben einen Bürokratieabbau für alle Unternehmen an. Von Maßnahmen wie dem Abbau der Mindestlohndokumentationspflichten, der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Unterstützung bei den Herausforderungen der Digitalisierung wird der Einzelhandel besonders profitieren.
- Wir wollen attraktive Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für Fachkräfte fördern.
- Für kleine Gemeinden wollen wir die Schaffung digitaler Einkaufsstädte. Dies kann den Ladenbesitzern helfen, sich auf geändertes Konsumentenverhalten erfolgreich einzustellen. Das kann ein digitaler Marktplatz sein, auf dem Kunden die Stadt schon vor dem Besuch erkunden können. Dazu gehört eine Vernetzung des Einzelhandels mit der Stadt, Investitionen in die Sensibilisierung und Qualifikation der Gewerbetreibenden vor Ort. Wissen, Motivation sowie technische und redaktionelle Fertigkeiten der Unternehmer sollen bei der Gestaltung des digitalen Wandels in den Innenstädten gefördert werden. Dazu braucht es Informations-, Unterstützungs- und Schulungsangebote von Seiten der Stadtverwaltung.
- Wir wollen Dorfladengenossenschaften unterstützen. Diese können dabei helfen, die Nahversorgung in strukturschwachen Ortschaften zu erhalten.
- Wir wollen weitere Fahrverbote verhindern und die bestehenden Fahrverbote wieder abschaffen, durch welche Einzelhändlern Kunden aus dem Umland verloren gehen.

4.Sauberkeit und Stadtnatur

Eine blühende, saubere, ansehnliche Innenstadt ist maßgeblich für das eigene Wohlbefinden, für die Zufriedenheit der Anwohner, Besucher und Gewerbetreibenden. Sauberkeit ist sowohl kommunale Pflichtaufgabe als auch Bürgerpflicht.

- Wir brauchen ansprechendere Mülleimer in der Stadt, regelmäßige Leerungen und gerade am Rande von Stadtfesten oder Weihnachtsmärkten mehr Personaleinsatz bei der Müllbeseitigung.
- Darüber hinaus wollen wir die Eigenverantwortung jedes Einzelnen bei der Sauberkeit der Innenstädte stärken und an diese erinnern. Ziel muss sein, dass jeder seine Innenstadt als sein eigenes Zuhause betrachtet und Müll aus eigenem Antrieb richtig entsorgt.
- Wir wollen durch das Aufstellen von einfachen, einfach zu nutzenden, kostengünstigen, öffentlichen Toiletten an Party-Schwerpunkten, Spielplätzen oder vor anderen viel frequentierten Lokalitäten das „Wildpinkeln“ minimieren. Eine bewährte Alternative bietet hierbei auch das Projekt „die nette Toilette“.
- Wir wollen städtische Grünflächen, auf welchen insekten- und tierfreundliche Blühpflanzen und Hölzer angepflanzt werden.
- Wir wollen eine Informationskampagne in den Städten anregen, um zu zeigen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger für mehr Artenvielfalt in den Städten stark machen können.
- Wir setzen uns ein für ein insektenfreundliches Straßenbegleitgrün.
- ein integriertes Lichtkonzept zur Vermeidung unnötiger Lichtquellen zum Erhalt der Ökosysteme und der Gesundheit der Menschen.
- Wir wollen kleine städtische Biotop anregen, die in einen flächendeckenden Biotopverbund integriert werden können.

5.Verkehrswende und Parkmöglichkeiten – nicht nur hinkommen, sondern auch rumkommen

Mal kurz in die Stadt – da denkt man oft genug zweimal darüber nach. Parkplätze fehlen, die vorhandenen sind oft eng oder unübersichtlich. Die Fahrt mit dem Fahrrad ist zu gefährlich oder es gibt keine Möglichkeit, das Rad sicher abzustellen. Tickets für Bus und Bahn sind teuer, unflexibel, eine Kombination zwischen ÖPNV und Fahrrad oder E-Roller ist nicht immer ohne weiteres möglich.

- Wir fordern den Ausbau intelligenter, digitaler Parkleitsysteme.
- Wir wollen Fahrradwege, die nicht an Leitplanken enden, sondern sicher durch die Stadt führen, ohne dabei mit dem Autoverkehr oder Fußgängern in Konflikt zu geraten.
- Wir wollen die Sicherstellung der Erreichbarkeit von Gewerbegebieten und Einkaufsstraßen auch mit dem Auto. Auch die temporäre Freigabe von nicht-genutzten Plätzen wollen wir ermöglichen.
- Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Straße, um sowohl die Innenstädte zu entlasten als auch Wohnen auf dem Land attraktiver zu machen.
- Wir wollen die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der öffentlichen Parkplätze und Parkhäuser. Durch online abrufbare Echtzeitdaten zur Parkplatznutzung kann die Effizienz dieser verbessert werden. Auch für das Parkticket müssen die heutigen vielfältigen Bezahlmöglichkeiten genutzt werden können, damit das legale Parken nicht am Münzgeld scheitert.
- Wir wollen in den Gemeinden prüfen, ob Tickets für Bus und Bahn – zum Beispiel mit günstigen Tagestickets – praktischer auf die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten

werden können. Zudem kann gerade in ländlichen Gebieten die Effizienz des ÖPNV durch den Einsatz intelligenter Systeme – z.B. smarte Busrouten – erhöht werden.

- Wenn es genug Parkgelegenheiten gibt dann wirken wir auch dem „in-der-zweiten-Reihe-parken“ oder parken auf Fahrrad- oder Fußgängerwegen entgegen. „In-der-zweiten-Reihe-parken“ und Parken auf Fuß- und Radwegen muss konsequent geahndet werden. Bußgelder dafür müssen in einer Höhe angesetzt werden, bei der es sich lohnt, ein Parkticket zu lösen.
- Wir brauchen den barrierefreien Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs mit einem darauf abgestimmten Busverkehr zu jeder Tageszeit. Seilbahnen, Schwebbahnen oder andere Verkehrsträger können je nach örtlichen Gegebenheiten bei guter Vernetzung mit konventionellen Mobilitätsformen Verkehrsprobleme lösen helfen.
- Wir wollen insgesamt eine engere Taktung, Anschlussmobilität und Zuverlässigkeit/Pünktlichkeit im ÖPNV. Hierzu gehört, dass die ÖPNV-Anbindung zu jeder Tageszeit in geeignetem Maß vorhanden ist. Hierzu fordern wir eine deutliche Verbesserung des Nightliner-Angebots, damit es möglich wird, auch einmal das Auto stehen zu lassen.
- Wir wollen Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Carsharing oder Ridepooling, die sowohl im städtischen Bereich als auch in der breiten Fläche die Bereitstellung von öffentlichen Transportdienstleistungen erlauben.
- Wir lehnen Maßnahmen wie City-Maut oder Nahverkehrsabgaben entschieden ab. Fahrverbote dürfen keinesfalls den notwendigen Liefer- und Kundenverkehr des Handels verhindern, wenn diese erkennbar wirkungslos und unsinnig sind.
- Die Bedürfnisse der Pendler und Berufskraftfahrer müssen bei sämtlichen Planungen besser berücksichtigt werden. Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Straße. Das bedeutet genügend Fahrspuren, bauliche Trennung von Fahrspuren, weniger Ampeln, und weniger Einschränkungen durch Tempolimits. Falls Durchgangsstraßen durch Ortskerne führen, sind Umgehungsstraßen zu bauen, die für die Pendler und Berufskraftfahrer einen realen Zeitgewinn bedeuten.

6. Sicherheit

Kriminalität im öffentlichen Raum, Drogenhandel, Diebstähle und Bettler-Banden – ob in den Läden oder aus den Taschen der Menschen - gilt es zu bekämpfen. Erforderlich sind mehr Polizeibeamte für die Präsenz in der Öffentlichkeit und die Ermittlungsarbeit. Ziele, die nur mit mehr Personal und der Abkehr von falschen Organisationsentscheidungen wie der Aufrechterhaltung der zentralen Verkehrsunfallaufnahme auf dem Land umsetzbar sind.

- Wir brauchen auch eine bessere Ausstattung der Polizeikräfte vor Ort. Die Polizeireform in Baden-Württemberg bindet viel zu viel Kräfte, schafft neue Bürgerferne, längere Wege und hilft nicht, mehr Polizei auf die Straße zu bringen.
- Ladendiebstahl ist kein Kavaliersdelikt. Oftmals bringen viele Händler diesen nicht mehr zur Anzeige aus Angst vor zu viel Bürokratie und zu viele Verfahren werden wieder eingestellt. Hier müssen die polizeiliche Praxis und die Rechtsverfahren verbessert werden, um eindeutig den Rechtsstaat zu demonstrieren.

- Organisierte Kriminalität darf keinen Platz in Innenstädten finden. Der vorhandene Rechtsrahmen muss ausgeschöpft und entsprechend umgesetzt werden.
- Wir brauchen bessere Technik, die helfen kann, die Beamten von unnötiger Bürokratie zu befreien und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Bekämpfung und Prävention von Kriminalität, aufzubringen.
- Wir plädieren für kommunale Ordnungsdienste, die nicht die Polizei ersetzen, aber in der Lage sind, Ordnungsstörungen zu unterbinden und Präsenz zu zeigen. Sie erhöhen die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden für alle Menschen im öffentlichen Raum und entlasten die Polizei.
- Wir wollen eine Geschwindigkeitsüberwachung, die der Sicherheit dient und nicht der Sanierung kommunaler Finanzen, wir lehnen sogenannte „Blitzermarathons“ als unverhältnismäßig und nicht zielführend ab. Das gilt genauso für rein strategisch aufgestellte Blitzeranlagen. Stattdessen setzen wir auf mehr Aufklärungsaktionen und Prävention, vor allem an Brennpunkten.
- Wir plädieren für zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten, müssen dauerhaft gesichert finanziert werden. Wir wollen mit besseren Strukturen und einer gezielten Förderung besser gegen „häusliche Gewalt“ und Menschenhandel vorgehen.
- Wir wollen einen „Runden Tisch Barrierefreiheit“, bei dem zum Beispiel Probleme mit Barrieren im täglichen Leben mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern (Senioren, Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Kinder(wagen)) besprochen werden können.
- Eine Ausweitung der anlasslosen Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir aus Datenschutzgründen ab.
- Polizeirechtliche Alkoholverbote sind kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr. Die Regelung der Sperrzeiten für Gaststätten obliegt den zuständigen kommunalen Entscheidungsträgern.

7. Wohlfühlen, ausspannen, arbeiten und Spaß haben

Die Innenstadt soll nicht nur Einkaufsstraße sein. Die Innenstadt muss ein Ort der Begegnung sein, sie muss über attraktive Einkaufsmöglichkeiten hinaus einen Mehrwert für die Menschen darstellen. Kulturangebote, Stadtfeste, Parks und Gastronomie müssen die Menschen zum Dableiben bewegen. So helfen wir dem Einzelhandel und geben den Menschen Raum, sich zu entfalten, sich zu bewegen, sich wohlfühlen und in Kontakt miteinander zu treten. Innenstädte müssen Orte sein, an denen man sich gerne aufhält.

- Stadtentwicklung vorantreiben: Die kommunalen Bebauungspläne sollen auf den neuesten Stand nach geltender Baunutzungsverordnung 1990/1993 gebracht werden. Es sollte in Erwägung gezogen werden, städtebauliche Fördermittel nicht an Kommunen auszuzahlen, die ihre Bebauungspläne nicht auf den neuesten Stand nach geltender Baunutzungsverordnung 1990/1993 bringen.
- Wir wollen die flächendeckende Verfügbarkeit von öffentlichem W-LAN als wesentliche Infrastrukturkomponente, die einen entscheidenden Beitrag zu Mobilität und Lebensqualität in einer lebenswerten Stadt leistet.

- Wir wollen mehr Sitzmöglichkeiten, weniger bürokratische Hürden und Regeln bei der Ausgestaltung des eigenen Innenhofs, des Außenbereichs von Cafés, Bars, Geschäften und Restaurants. Vorschriften zum Denkmalschutz in der Innenstadt sind verhältnismäßig und wirtschaftsfreundlich anzuwenden.
- Wir wollen mehr Grünflächen, intakte und altersgerechte Spielplätze und mehr Treffpunkte für junge Menschen in unseren Innenstädten – dabei sollen auch Jugendvertretungen mehr mitentscheiden können.
- Wir wollen mehr Freiraum für Kreativität und Street-Art, weniger restriktive Handhabung bei Grillplätzen und Feiern.
- Wir wollen dort, wo es die Anwohnersituation zulässt, weniger restriktive Sperrstundenregelungen und eine Belebung des Nachtlebens, eine Stärkung der Gastronomie und eine weltoffener und belebtere Innenstadt.